

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	21.04.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Städte Sicherer Häfen - Aufnahme von Geflüchteten / Sachstandsbericht

Betroffene Produktgruppe

z.Zt. keine näher bezifferbaren finanziellen Auswirkungen

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Rat der Stadt Bielefeld, 11.07.2019, TOP 4.2, Drucksachen-Nr. 8979/2014-2020

Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss, 29.01.2020, TOP 6, Drucksachen-Nr. 10129/2014-2020

Rat der Stadt Bielefeld, 05.03.2020, TOP 6, Drucksachen-Nr. 10268/2014-2020

Sachverhalt:

Sachstandsbericht

Die Stadt Bielefeld ist am 11. Juli 2019 dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beigetreten und hat dazu die Potsdamer Erklärung unterzeichnet. Mit Ratsbeschluss vom 5. März 2020 wurde entschieden, dass 100 Geflüchtete (davon 10 unbegleitete Minderjährige) aufgenommen werden sollen.

Zunächst muss konstatiert werden, dass das eigentliche Ziel bislang nicht erreicht wurde. Es konnte kein geeignetes Aufnahmeprogramm aufgesetzt werden, um die beschlossenen Aufnahmen zu realisieren.

Das Bündnis befindet sich aber weiterhin in regem Austausch (u.a.) mit dem Bundesinnenministerium. Seitens Landes- und Bundesbehörden wird auch aktiv auf die Mitgliedskommunen zugegangen, wenn Unterstützung/Freiwilligkeit bei Verteilungen gesucht wird. Unter anderem konnten im Herbst ca. 1.500 anerkannte Geflüchtete aus Lagern an den europäischen Außengrenzen auf diesem Wege untergebracht werden. Damit ist die eigentliche Intention der „Städte Sicherer Häfen“ aber noch nicht erfüllt und auch deren Potenzial noch nicht angesprochen.

Daher soll die aktuelle Entwicklung der Bündnis-Arbeit hier nochmals näher dargestellt werden: Das Bündnis der „Städte Sicherer Häfen“ ist gewachsen. Aus den acht Städten der Potsdamer Erklärung hat sich eine deutschlandweite Bewegung entwickelt. Über 230 Kommunen haben sich mittlerweile zur Aufnahme bekannt und gehören dem Bündnis an. Diese Expansion hat das Bündnis enorm gestärkt und dürfte das Anliegen in eine bessere Verhandlungsposition gegenüber zuständigen Landes- und Bundesbehörden gebracht haben.

Es ergeben sich aber auch neue Fragen der Kommunikation und Koordination. Die

Zusammensetzung ist äußerst heterogen, die Mitgliedsstädte reichen von Millionenstädten bis hin zu kleinen Gemeinden. Dadurch ergeben sich auch unterschiedlichste Positionen und Potenziale. Geeint sind die Mitglieder aber im Bestreben, Geflüchteten in humanitär prekären Lagen zu helfen und diesen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben dann spätestens ab April 2020 die Bündnisarbeit betroffen. Zwar haben alle an der Idee der Aufnahme festgehalten, allerdings mussten bei vielen Mitgliedern Prioritäten neu gesetzt werden und personelle Kapazitäten anders eingesetzt werden. Die Arbeit ist dadurch ins Stocken geraten; bedauerlicherweise unmittelbar nachdem Mitte März 2020 noch eine Delegation vom BMI empfangen wurde. Ein für Ende April 2020 fest geplanter Termin für ein Bündnistreffen musste abgesagt werden. Das Bündnis hat diese Zeit dann genutzt, auf die Expansion zu reagieren und sich selbst besser zu organisieren und Strukturen einzuziehen. Neben der im Aufbau befindlichen **Website** und einem bereits fertigen und in Gebrauch befindlichen eigenen **Logos** [ein Entwurf aus Bielefeld] war hier besonders der **Aufbau von Länderkoordinationen** wesentlich.

Diese „LäKos“ führen den Dialog mit den jeweiligen Mitgliedern des Bundeslandes und bündeln die Interessen für die Bundeskoordination in Potsdam. Die LäKos stehen aufnahmewilligen Kommunen im Vorfeld von politischen Beschlüssen beratend zur Seite; dieses Angebot wird auch gut angenommen. Außerdem dienen sie als Ansprechpartner*innen für zivilgesellschaftliches Engagement. Die LäKos treffen sich aktuell circa alle sechs Wochen virtuell. Eine „Vollversammlung“ der Mitglieder hat zuletzt im Oktober 2020 (ebenfalls virtuell) stattgefunden.

Die Stadt Bielefeld hat die Länderkoordination für NRW übernommen, die Funktion ist im Büro des Oberbürgermeisters angebunden. Der Vertreter ist auch in der Sprechergruppe des Bündnisses für weitere Verhandlungen mit Landes- und Bundesbehörden.

Der nächste Meilenstein ist für Mai 2021 geplant. Dazu gab es Anfang 2021 eine Abfrage im Bündnis. Insbesondere konnte ermittelt werden, welche Kommunen sich an welchen Aufnahmeprogrammen beteiligen möchten. Neben Landes- und Bundesaufnahmeprogrammen besteht beispielsweise auch ein großes Interesse an neu zu schaffenden kommunalen Programmen. Außerdem sollen bereits bestehende Aufnahmeprogramme, die nicht ausgeschöpft werden (z.B. das „NEST-Programm“) auf eine inhaltliche Modifikation hin überprüft werden. Das Bündnis wird sich hiermit geplant Anfang Mai an das Bundesinnenministerium wenden. Dazu hat Bielefeld den anderen Städten der Länderkoordination aktuell den Entwurf des Anschreibens zur inhaltlichen Abstimmung zur Verfügung gestellt. Zielsetzung ist, konkrete Aufnahmeprogramme auszuhandeln und diese noch vor der Bundestagswahl in Umsetzung zu bringen.

Die Bielefelder Verwaltung sieht sich auch weiterhin in der Lage, den noch offenen Auftrag von 100 Aufnahmen zu erfüllen und die Geflüchteten bedarfsgerecht unterzubringen und zu betreuen. Die Stadt Bielefeld richtet die eigenen Bemühungen dabei ausschließlich an geltenden Rechtsnormen aus. In punkto Finanzierung wird angestrebt, Programme derart auszugestalten, dass die Erstattungen nach dem FlüAG (bzw. bei unbegleiteten Minderjährigen über das Land) generiert werden können.

In der weiteren Bündnisarbeit plant Bielefeld weiterhin eine aktive und treibende Rolle einzunehmen.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.